

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/64

Bonn, den 4. April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Rätsel Frankreich</u>	68

Spiel mit der "Volksfront" - aber wie

Von Dr. Hans Apel, MdB

3 - 4	<u>Unsere Kulturpolitik im Ausland (II)</u>	85
-------	---	----

Eine Bilanz, die sich nicht sehen lassen kann

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

5	<u>Opas Bauernhof</u>	45
---	-----------------------	----

Überbleibsel der Vergangenheit

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Prag fordert Verzicht auf das Heimatrecht
Im Osthandel gut im Geschäft
Königsberg drittgrößter Fischerhafen
Das schönste Jubiläumsgeschenk
Zonenflüchtlinge danken der hessischen Landesregierung
Rentenerhöhungen werden angerechnet
Versorgung mit Wohnungen bereitet Sorgen
Wohnungsbau für Zonenflüchtlinge gesichert?
Für Angelus Silesius geehrt.

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Rätsel Frankreich

Spiel mit der "Volkefront" - aber wie?

Von Dr. Hans Apel, MdB

Auf der französischen Linken herrscht Hochstimmung. Der Gaullismus ist in die Defensive gedrängt worden. Seine Mehrheit ist nach den letzten Parlamentswahlen in Frankreich selbst verlorengegangen. Lediglich die Wahlen in den überseeischen Gebieten, einigen verlorenen Inseln im Atlantik, haben der Fünften Republik de Gaulles eine Mini-Mehrheit in der Nationalversammlung gebracht. Diese Mehrheit ist jedoch keineswegs homogen. Die Gruppe um Giscard d'Estaing, die "Unabhängigen Republikaner" mit jetzt 43 Mandaten, ist bereits aus der gaullistischen Einheitsfront ausgebrochen und hat eine eigene Parlamentsfraktion gegründet. Die Linksgaullisten, die UDT, wollen im Parlament dasselbe erreichen.

Diese Erscheinungen lassen Kommunisten und die föderierte Linke hoffen, das gaullistische Regime werde sehr bald an seinen inneren Schwierigkeiten zu Ende gehen. Sie erwarten, daß sich die "Unabhängigen Republikaner" gegen de Gaulles Europapolitik stellen werden und ferner jeden möglichen von der Regierung einzuleitenden sozialen Fortschritt blockieren werden. Besonders dadurch müßte die Linke sehr bald eine Chance haben. Deswegen werden die Bande zwischen der föderierten Linken (Sozialisten, Liberale und politische Clubs) und den Kommunisten ausgebaut. Besonders einige Führer der Sozialisten machen sich Hoffnungen. Die Volksfront von 1936 verklärt sich in ihrer Erinnerung und führt sie mit zu der Überzeugung, die KPF sei einem entscheidenden Wandlungsprozeß mit beträchtlichen inneren Spannungen unterworfen.

Bei Tage besehen, ist es allerdings mit der Möglichkeit einer Ablösung des Gaullismus durch die Linke nicht weit her. Die föderierte Linke hat in der Nationalversammlung 116 Abgeordnete, links von ihr sitzen 73 Kommunisten. Hinzu kommen fünf Abgeordnete der PSU, der Vereinigten Sozialistischen Partei. Das macht alles in allem 194 von 487 Abgeordneten der französischen Nationalversammlung. Damit verfügt die Linke über 40 Prozent der Mandate, denn es ist

völlig undenkbar, daß das demokratische Zentrum dieser Linken seine parlamentarische Unterstützung gibt, um die Kommunisten in den Sattel zu heben.

Damit stellen sich Spekulationen mit der Volksfront als Wunschdenken heraus. Hinzu kommt, daß die Gaullisten wohl kaum die Neigung haben werden, in den nächsten Jahren erneut vor die Wähler zu treten. Riskieren sie doch, daß die Protesthaltung der Wähler ihnen auch noch ihre Mini-Mehrheit nehmen könnte. Dennoch ist dieses Wunschdenken nicht ungefährlich. Es soll hier nicht auf die weitreichenden innen- und außenpolitischen Konsequenzen eingegangen werden. Es genügt, darauf aufmerksam zu machen, daß auf diese Weise die Konsolidierung der föderierten Linken erschwert und verzögert werden könnte. Es genügt eben nicht, die gewählten Abgeordneten der SFIO, der Radikalsozialisten (Liberalen) und der politischen Clubs in einer Fraktion zusammenzufassen. Jetzt müssen die Parteiprogramme und ihre politischen Zielsetzungen vereinheitlicht werden und eine schlagkräftige Organisation aufgebaut werden.

Natürlich müßte das zu einer "Öffnung nach rechts" führen. Das würde die Attraktivität der föderierten Linken bei den Wählern der demokratischen Mitte wesentlich erhöhen. Dann erst wäre ein Flirt mit der KPF denkbar. Doch geht man in Frankreich diesen Weg? Er ist beschwerlich und voller Opfer. Viele liebgewordene Vorstellungen und Posten müßten über Bord geworfen werden. Bequemer ist der Weg in die Mystik, denn mehr ist die Vorstellung von der "Einheit der Linken" heute kaum.

Andererseits kann nicht verkannt werden, daß die föderierte Linke in ihrer parlamentarischen Aktion kaum eine andere Chance hat, als mit den Kommunisten gegen die gaullistische Mehrheit zusammenzuspielen. Durch gegenseitige Hilfe wurden die Zahlen der Abgeordneten beider Gruppen bei den letzten Wahlen erhöht. Nur wenn die Linke zusammenarbeitet, hat sie mit 40 Prozent der Mandate eine Chance, der Regierung Schwierigkeiten zu machen. Doch damit wird nur deutlich, wie unstabil die politische Landschaft in Frankreich ist. Die Regierungsmehrheit ist in sich nicht stabil. Die Opposition überdeckt ihre Widersprüche durch Schlagworte. Hinter Schlagworten macht sich die Ratlosigkeit über die weitere politische Entwicklung breit.

Unsere Kulturpolitik im Ausland (II)

Eine Bilanz, die sich nicht sehen lassen kann

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Außenminister Brandt ist sich nach einer ersten unvollständigen Prüfung der gegenwärtigen amtlichen Auslandskulturarbeit offenbar im klaren, daß in Zukunft personelle wie generelle Reformen seiner Abteilung IV erwogen werden müssen. Das Herausheben Osteuropas als regionalem Schwerpunkt unserer auswärtigen Kulturarbeit auf der einen Seite, wie die Vernachlässigung der USA auf der anderen hat auch bei dem gegenwärtigen Leiter der Abteilung IV, Ministerialdirektor Werz, zur Einsicht geführt, daß das gegenwärtige Organisationsschema der von ihm geleiteten und in Sachreferate gegliederten Abteilungen den Notwendigkeiten einer zielbewußten deutschen Auslandskulturarbeit nicht mehr entspricht.

Revolutionäre Pläne von Werz und Staatssekretär Lehr, nämlich eine Reihe von wichtigen Kulturreferentenstellen aufzuwerten und höherzustufen, sind im Sparjahr 1967 offenbar schon im Geburtsstadium dem Veto der Personalabteilung des AA und des Finanzministeriums bedauerlicherweise zum Opfer gefallen. Andere kulturpolitische Vorstellungen von Rolf Lehr und Dr. Werz stimmen freilich weitgehend nicht mit den Realitäten des Jahres 1967 überein, und ihre Absicht, das Goethe-Institut wieder mehr an die Kette unserer auswärtigen Missionen zu legen, ist durch einen Beschluß der SPD/CDU/CSU Parlamentarier im zuständigen Unterausschuß des Parlaments zurückgewiesen worden. Die Schwierigkeiten einer zeitgemäßen Kulturarbeit im Ausland liegen nach wie vor weitgehend im Personellen. Die Tatsache, daß unter den Ministerialdirektoren und -dirigenten des Amtes und den entsprechend rangierenden Botschaftern nach wie vor keine für die Leitung der Kulturabteilung geeigneten Beamten zu finden sind, sollte Außenminister Brandt und seinen Mitarbeiter zu denken geben. Abgesehen von dem OECD-Botschafter Dr. Vogel in Paris gibt es auch keinen Beamten, der die Leitung dieser Abteilung unter Vorbehalt mit Freude und Interesse an der Sache übernehmen würde. Von Dr. Werz weiß man, daß Außenminister Schröder ihm die Leitung der Abteilung gegen seinen Widerstand aufgenötigt hat.

Personalfragen sind lösbar

Indessen ist die Personalfrage nicht unlösbar. Das Auswärtige Amt wird ungeachtet der Kompetenzschwierigkeiten zwischen Bund und Ländern und des Mangels einer nationalen Kulturverwaltung, deren Personals man sich in London, Paris und Rom uneingeschränkt für die Aufgaben der Auslandskulturarbeit bedient, diesen ganzen Komplex noch einmal mit den Ministerpräsidenten der Länder besprechen müssen, abgesehen davon, daß es in der Spitze einer Reihe von Organisationen recht kompetente Leiter für die Arbeit in der Abteilung IV gäbe. Aber davon abgesehen, vor einer

Reform unserer Kulturarbeit im Ausland müssen zwischen Bund und Ländern grundsätzliche Fragen geregelt werden.

Schon daß es für die deutsch-französischen Kulturbeziehungen einen Bundesbeauftragten gibt - zur Zeit Ministerpräsident Goppel als Nachfolger Bundeskanzler Dr. Kiesingers - ist ein Unding. Sind Kulturbeziehungen zu Großbritannien oder Italien minderer Art? Oder wäre es nicht der Mühe wert, die Schwerfälligkeit der deutsch-französischen Kulturkonsultationen, so weit es um das Erzielen konkreter Ergebnisse geht, offen mit den Ministerpräsidenten zu besprechen? In diesen Bereich fällt auch das Problem der ungenutzten Erfahrungen deutscher Auslandsschullehrer nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik, deren gelegentlich äußerst wertvolles sprach-, fach- und landeskundliches Wissen gegenwärtig für unsere auswärtige Kulturarbeit völlig verloren geht. Eine Auswertung der Erfahrungen dieser Leute würde dem AA wahrscheinlich auch die notwendigen Reformen unseres Auslandschulwesens erleichtern, von denen schon die Rede war.

Daß die Liste der Schulen lang ist, die kaum mehr kritiklos als geeignetes Instrument deutscher Sprachpflege hingenommen werden können und besser als Schulen mit Deutsch als erster Fremdsprache der Betreuung des Bildungshilfsressorts des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit übergeben werden sollten, geben heuteselbst die verantwortlichen Beamten der Schulabteilung im AA zu.

Auf der Suche nach einem brauchbaren Konzept

Es wäre wünschenswert, daß Minister Brandt bald an Stelle des von Minister Schröder persönlich berufenen bisherigen Beirats des AA für die Aufgaben seiner Kulturabteilung ein Gremium einberuft, das in der Lage ist, ein brauchbares Konzept für Inhalt und Form unserer Auslandskulturarbeit und für die technische Erfüllung der Priorität Nr. 1 in diesem Zweig unserer Außenpolitik zu erarbeiten: Erhaltung und Vermittlung der deutschen Sprache als eines internationalen Verständigungsmediums und ebenso für die Priorität Nr. 2; der Entsendung deutscher wissenschaftlicher Lehr- und Fachkräfte ins Ausland und insbesondere nach Übersee.

Hier zum Beispiel ließe sich zum Nutzen und zur Ökonomie der deutschen Kulturarbeit in Übersee empfehlen, einen Teil unserer Kulturinstitute in Schwarzafrika zu liquidieren und an Stelle dessen für eine Intensivierung der Universitätspartnerschaften auf diesem Kontinent zu sorgen. Dort, wo diese nicht zustandekommen können, solle man mit guten Leuten an den akademischen Zentren des schwarzen Erdteils zusammenarbeiten und außerdem an Ort und Stelle mit der Ausbildung afrikanischer Deutschlehrer beginnen. Dazu bedarf es nicht gleich eines Kulturinstituts.

(Schluß folgt)

Opas Bauernhof

Überbleibsel der Vergangenheit

sp - Weite Strecken niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Landes sind auch heute noch, im Zeitalter der Industrialisierung, reines Agrargebiet. Die Landwirtschaft hinter den Deichen an der See und in den Marschwiesen zwischen Niederelbe und Unterweser gehört ebenso zum Bild bäuerlich-ländlicher Erwerbstätigkeit wie der Hof in der Heide. Allerdings: auch "dahinten in der Heide" ist heute auf den Höfen des Landes alles ganz anders.

Sozialdemokratische Agrarpolitiker haben im letzten Jahrzehnt in den Parlamenten immer wieder darauf hingewiesen, daß der Landwirtschaft nur dann wirksam und wirtschaftlich vernünftig geholfen wird, wenn man ihr hilft, sich selbst zu helfen. Steter Wandel ist das untrügliche Zeichen einer lebendigen Wirtschaft. Gute Anpassungsfähigkeiten und gute Anpassungsmöglichkeiten an veränderte ökonomische Tatbestände und Daten sind oftmals wichtiger als kurzfristige Wirtschaftserfolge oder Subventionen nach falschem Schema. Das "Gießkannenprinzip" der Erhard-Regierung hat den Bauern ebensowenig geholfen, wie ihnen radikale Schreihälse mit demagogischen Parolen helfen können.

Mit dem Wandel der Wirtschaft sollte auch ein Wandel der landwirtschaftlichen Betriebsformen einhergehen. Vorausschauende Politiker können diese Entwicklung auch parlamentarisch unterstützen. Neue Unternehmensformen in der Landwirtschaft sind ein sinnvoller Ausweg aus der bestehenden Situation, die zum Beispiel in Schleswig-Holstein zu einer erschreckend hohen Hofverschuldung geführt hat. Neue Unternehmungsformen - das heißt: Umdenken im Bereich landwirtschaftlicher Schulung, Spezialisierung, neue betriebswirtschaftliche Erkenntnisse und Anforderungen, Veredelungsproduktion, "Agrarfabrikation" großen Stils in Zusammenarbeit auf genossenschaftlicher Basis mit den Verbrauchern, neue ökonomische Arbeitsteilungssysteme, neue Vermarktungsmethoden, technologische Umstellungen und elektronische Datenverarbeitung. Das alles paßt nicht mehr zum Bild von Opas Bauernhof; einem traulichen Bild ländlicher Idylle aus längst vergangenen, geruhsamen Tagen. In Marsch und Geest, an Deich und Heidrand ist alles ganz anders geworden.

Die Tage der Romantik sind gezählt, ja, im Grunde längst vorbei. Der Bauernhof nach Altväterart ist von der ökonomischen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklung lange überholt. Das ganze bäuerliche Leben steht gegenwärtig im Zeichen eines revolutionären Umwandlungsprozesses. Das zu erkennen ist nicht nur Aufgabe der Bauern selbst, sondern vor allem Pflicht jener Kandidaten, die in die neuen Landtage in Kiel und in Hannover einziehen wollen. Parlamentarisches Wirken ist immer Wirken für die Zukunft, mit dieser Weisheit beginnt jeder Ausschuss seine Arbeit. Wer die so überaus dringend notwendigen bäuerlichen Strukturreformen in der richtigen Weise unterstützen will, der muß jetzt schon sagen, wie er das im Landesparlament zu tun gedenkt.